



BAStA c/o J.A.Haupt Kolbeweg 13 30655 Hannover

Herrn Bundespräsidenten
Frank Walter Steinmeier
Bundespräsidialamt
Spreeweg 1
10557 Berlin

23.November 2019

Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Steinmeier,

mit Ihrem Eid zum Amtsantritt haben Sie das feierliche Versprechen abgegeben, unser Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen. Als Sprecher des *Bündnis altrechtliche Staatsleistungen abschaffen* (BAStA) wende ich mich an Sie, da der Verfassungsauftrag zur Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften gemäß Artikel 140 Grundgesetz (GG) in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 (WRV) seit mittlerweile 100 Jahren von den politischen Entscheidungsträgern ignoriert wird. BAStA ist ein Bündnis aus Organisationen und Gruppen, die sich mit dem Ziel zusammengeschlossen haben, endlich die im Grundgesetz vorgeschriebene Ablösung der Staatsleistungen zu erreichen.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung wollte 1919 mit dem Ablösegebot eine Entflechtung von Staat und Kirchen in Vermögensangelegenheiten erreichen. Der Parlamentarische Rat übernahm 1949 schließlich Artikel 138 WRV auch in unser Grundgesetz, um die finanzielle Trennung von Staat und Kirchen endgültig umzusetzen. Entgegen dem Verfassungsauftrag werden die Staatsleistungen im Sinne des Artikels 138 Absatz 1 WRV noch immer gezahlt und wurden durch die Länder in den letzten 100 Jahren sogar drastisch erhöht. Trotz des Ablösegebotes haben die Bundesländer nach 1919 sogar neue Staatsleistungen eingeführt. Einige Politiker behaupten gar, dass der Verfassungsauftrag unseres Grundgesetzes im Ermessen des Parlaments liege, die Ablösung daher von politischer Opportunität abhängt.

Als oberstes Verfassungsorgan dieses Landes sollten Sie diese Rechtsauffassung nicht hinnehmen. Es kann nicht in Ihrem Sinne sein, dass ein eindeutiger, gültiger Verfassungsauftrag von den Verantwortlichen nur deshalb bewusst ignoriert wird, weil in Artikel 138 WRV wie in allen anderen Grundgesetzartikeln keine Sanktionen vorgesehen sind.

Wir bitten Sie, die Stellung Ihres Amtes und ihren Einfluss zu nutzen, um die gesellschaftliche und politische Diskussion zu diesem wichtigen Thema im Sinne der Wahrung und Verteidigung unseres Grundgesetzes anzustoßen. Mahnen Sie die

KONTAKT

Johann-Albrecht Haupt
Kolbeweg 13
30655 Hannover

Tel.: +49 (0) 0511 54 99 853
Fax: +49 (0) 0511 54 12 074
E-Mail: kontakt@staatsleistungen-beenden.de

www.staatsleistungen-beenden.de
Twitter: twitter.com/staatsleistung
Facebook: facebook.com/staatsleistung

BÜNDNISPARTNER

Bundesweite Organisationen:

- Humanistische Union
- Institut für Weltanschauungsrecht
- Internationaler Bund der Konfessionslosen und Atheisten
- Giordano-Bruno-Stiftung
- Koordinierungsrat säkularer Organisationen

Partiegruppierungen:

- Junge Liberale
- [solid.] Linksjugend
- Bundesarbeitsgemeinschaft Säkulare Grüne
- Säkulare Sozis
- Partei der Humanisten

Regionale Gruppen:

- Giordano-Bruno-Stiftung Regionalgruppe München
- Säkulare Humanisten - gbs Rhein-Neckar e.V.
- gbs Karlsruhe
- gbs Stuttgart
- gbs Leipzig
- Bund für Geistesfreiheit München
- Bund für Geistesfreiheit Augsburg
- Säkulares Forum Hamburg
- Säkulares Forum Bremen
- AG Säkulare Organisationen Hessen
- LAG Laizismus, die Linke Hessen
- AG Säkulare, die Linke
- Partei der Humanisten
- Piratenpartei Hessen
- HVD Niedersachsen
- HVD NRW
- HVD Rheinland-Pfalz / Saar
- Religionsfrei im Revier (RiR)
- Düsseldorfer Aufklärungsdienst
- Säkulares Netzwerk NRW

Bundesregierung und den Bundestag zum Erlass des Grundsatzgesetzes gemäß Artikel 138 Absatz 1 Satz 2 WRV, damit die Länder ihre Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften endlich ablösen und somit ihren Verfassungsauftrag erfüllen.

Unser Bündnis hat verschiedene Akteure wie die Bundes- und die Landesregierungen, die Fraktionen im Bundestag und den Landesparlamenten, die religionspolitischen Sprecher der Fraktionen, die Parteien, den Bundesrechnungshof, die Landesrechnungshöfe, die Diözesen und die Landeskirchen angeschrieben und zu ihrer Haltung zum Thema Ablösung der Staatsleistungen befragt. Je nach politischer Couleur enthielten die Antworten entweder: "kein Bedarf" oder "eigentlich müsste etwas getan werden, aber derzeit besteht keine Aussicht auf Erfolg".

Die Länder verweisen überwiegend auf die Untätigkeit des Bundes in Sachen Grundsatzgesetz und auf vermutete finanzielle Belastungen durch etwaige Ablösesummen. Die Kirchen signalisieren ihre Gesprächsbereitschaft und verweisen darauf, dass die staatliche Seite bisher nicht initiativ wurde. Angesichts dessen möchte unser Bündnis Ihnen folgenden Vorschlag unterbreiten:

Die maßgeblichen politischen Kräfte zu diesem Thema sollten von einer allseits akzeptierten, politisch neutralen und sachkundigen Persönlichkeit an einen Tisch geholt werden, um dort ohne konkreten Entscheidungsdruck Möglichkeiten zu erörtern, wie man den Verfassungsauftrag umsetzen kann. Sie, Herr Bundespräsident, kraft Ihres Amtes der Verfassung unseres Staates besonders verbunden und verpflichtet, oder eine von Ihnen mit einem entsprechenden Auftrag versehene Persönlichkeit betrachten wir als eine für die Ausrichtung einer solchen Veranstaltung überaus geeignete Autorität. Das Gespräch sollte der Auftakt zu einem anschließenden allgemeinen öffentlichen Diskurs zu dem Thema sein.

Das Bündnis Altrechtliche Staatsleistungen ablösen (BAStA) hegt die Hoffnung, dass Sie unserem Vorschlag positiv gegenüberstehen, mit dem Ziel, das Grundgesetz zu wahren und zu verteidigen.

Mit größter Hochachtung

Johann-Albrecht Haupt